

Rund um den Schwammerlturm

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 7, September/Oktober 2026

RM 04A035819

REGIONALMEDIUM

ergeht an jede
Postabgabestelle in
Leoben, Proleb,
St. Michael,
Niklasdorf,
St. Peter Freienstein
und St. Stefan o.L.



Aus dem Leobener Gemeinderat – Sitzung September 2026

Mehr als 8 Millionen für Rathaussanierung, 1,12 Millionen für Max Kober-Gasse

In einem Grundsatzbeschluss bekennt sich der Gemeinderat zu einer Fassadensanierung des Rathauses – Kostenpunkt 8,2 Millionen Euro. Offenbar sollen dafür, neben Bedarfszuweisungsmitteln des Landes, Erlöse aus dem Verkauf des Dienstleistungszentrums verwendet werden. Dieses gehört zu 49 Prozent der Gemeinde und ist nun vollständig vermietet. ÖVP und KPÖ stimmten dagegen.

Jakob Matscheko (KPÖ): „Es ist sicher notwendig, hier etwas zu machen. Aber die 8,2 Millionen stehen in keinem Verhältnis zu anderen Ausgaben.“

Die Max Kober-Gasse 1 und 3 soll umfassend saniert werden, um den Standard der dortigen Gemeindewohnungen anzuheben. Dafür

sind 1,12 Millionen Euro vorgesehen. Dieser Grundsatzbeschluss wurde einstimmig gefasst. Allerdings wird es schwierig werden die Mieterinnen und Mieter dazu zu bewegen, zumindest vorübergehend in Ersatzwohnungen zu übersiedeln. Das kann nur freiwillig geschehen!

Bushaltestelle Zentralfriedhof – Tourismusinformation versperrt Sicht

Auf einen besonderen Schildbürgerstreich machte KPÖ-Gemeinderat Mario Salchenegger aufmerksam. Bei der Bushaltestelle Zentralfriedhof passiert es immer wieder, daß Fahrgäste, die im Wartehäuschen warten, nicht gesehen und vom Bus nicht mitgenommen werden. Der Grund: Eine Tafel der Tourismusinformation versperrt die Sicht.

Mario Salchenegger: „Die Information ist überdies leicht veraltet. So wird das Asia Spa noch als „im Bau befindlich“ bezeichnet.“

Bürgermeister Wallner sagte eine Überprüfung zu.



Hochaktuelle Information: Das Asia Spa befindet sich demnach in der Bauphase.



Die Tourismusinformation versperrt die Sicht auf das Wartehäuschen.

Wir kaufen Ihr Gold!

- sofort gegen Bargeld
- unbürokratisch
- zum Tageshöchstpreis

Schmuck, Münzen, Barren, Uhren
Zahngold, beschädigte Gegenstände, ...

... weil gute Geschäfte Vertrauenssache sind:

Antiquitäten Jahrbacher
gratis Auskunft 0664/33 82 716
Direkt in Leoben beim Schwammerlturm
www.jahrbacher.at www.jahrbacher.com

Schmuck Jahrbacher
0664/30 43 873
Besuchen Sie auch
unseren Online-Shop

Lesen Sie auch Seite 10



Auch
Verpfändung
möglich!

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

ÖVP-Stadtrat Reinhard Lerchhammer wollte wissen, ob es im letzten Sommer auf Grund der Trockenheit zu Problemen bei der Wasserversorgung gekommen ist. Hier konnte Stadtwerkedirektor Ronald Schindler Entwarnung geben. Es gab keinerlei Probleme. Er plädierte einmal mehr dafür, die Befüllung der Pools in Abstimmung mit den Stadtwerken vorzunehmen.

FPÖ-Gemeinderat Maximilian Gutschreiter brachte ein Video von Walter Reiter zur Sprache. Darin wurde die Leiterin der Immobilienverwaltung mit schweren Vorwürfen konfrontiert. Gutschreiter wollte wissen, ob seitens der Gemeinde darauf reagiert wurde. Offenbar haben sich die Vorwürfe in Luft aufgelöst. In diesem Fall wäre das Video verleumderisch. Bürgermeister Wallner verwies auf seine Antwort auf eine ähnliche Anfrage in der Juni-Sitzung. Damals wurde die Antwort allerdings in die vertrauliche Sitzung verlegt. Die Öffentlichkeit weiß bis heute nicht, welche Maßnahmen die Gemeinde ergriffen hat.

Zu Beginn der Sitzung wurde Klaus Gössmann (SPÖ) zum neuen ersten Vizebürgermeister gewählt. Er folgt auf Birgit Sandler. Auf Gössmann entfielen 18 von 30 abgegeben Stimmen.

Flächenwidmungsplan zur Auflage freigegeben

Der neue Flächenwidmungsplan wird nun aufgelegt. Einwendungen können jetzt gemacht werden. Die KPÖ stimmte gegen die Auflage. Sie stößt sich an der Umwidmung eines Teils der Grünfläche bei der Villa Van Straten in der Josef Heißl-Straße zu „Wohnen allgemein“.

Jakob Matscheko (KPÖ): *„Wir haben nichts gegen einen Neubau von McDonalds. Aber nicht, wenn dafür Grünflächen neu umgewidmet werden, obwohl gewidmetes Bauland brach liegt. Der derzeitige Standort am Tivoli ist sicher besser als der geplante neue in der Josef Heißl-Straße. Die Gemeinde hätte den Betreiber unterstützen müssen, damit er am Tivoli bleiben und Flächen von Tscherne und Interspar hätte erwerben können.“*

Susanne Sinz (Grüne): *„Ich bin auch gegen Versiegelung. Aber alle Grundstücke in der Nachbarschaft sind bereits zugebaut.“*

Siedlungsgenossenschaft Leoben baut in Hinterberg

Auf einem seit langer Zeit gewidmeten Grundstück in der Kärntnerstraße in Hinterberg will die Siedlungsgenossenschaft Leoben zweigeschossige Wohnbauten

errichten. Gegen den Bebauungsplan stimmten ÖVP und KPÖ. Reinhard Lerchhammer (ÖVP) stößt sich am Entwässerungskonzept und hinterfragt den Flächenverbrauch von 14.000 m².

Mario Salchenegger (KPÖ) kritisiert die seiner Meinung nach schweren Mängel des Bebauungsplans. So würde der Individualverkehr ins Siedlungsgebiet geführt, was heute nicht mehr zeitgemäß sei. Salchenegger: *„Völlig unzulässig ist es den Einreichplan, wie geschehen, vor der Verabschiedung des Bebauungsplanes vorzulegen. Der Bebauungsplan muß Grundlage des Einreichplanes sein und nicht umgekehrt. Andernfalls setzen wir einfach die Wünsche des Bauträgers um.“*

Einstimmig wurden zwei Straßenbenennungen vorgenommen. Die Fläche neben dem neuen Schulzentrum Leitendorf wird Gottfried-Heindler-Park heißen. Heindler war nach dem Krieg der erste Leobener Bürgermeister. Altbischof Egon Kapellari, er ist gebürtiger Leobener, wird mit einem „Egon-Kapellari-Platz“ gewürdigt.

775.000 Euro für Citymanagement

KPÖ und ÖVP lehnten die 775.000 Euro-Subvention an das Citymanagement ab. 605.000 Euro sind für

das Management reserviert, 150.000 Euro für das Ö-3-Weihnachtswunder, sollte es in Leoben stattfinden.

Der DSV-Leoben bekommt, wie in der Vergangenheit, eine 120.000 Euro Förderung für den Erhalt des Stadions und 15.000 Euro für die Jugendförderung. Das wurde einstimmig beschlossen.

Die KPÖ stimmte allerdings gegen die Ausgabe von 45.000 Euro für den Kauf beweglicher Güter aus dem Vereinsinventar, unter anderem die Flutlichtanlage. Diese soll dem Verein zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebes übergeben werden.

Jakob Matscheko (KPÖ): *„Wir haben das Flutlicht seinerzeit mit bezahlt. Jetzt sollen wir dafür noch einmal zahlen. Da machen wir nicht mit.“*

KPÖ-Antrag angenommen

Auf Antrag der KPÖ werden die Voraussetzungen für Zuwendungen aus dem Sozialfonds der Gemeinde geändert. Nun kann auch um Zuzahlung beim Essensbeitrag im Rahmen der Nachmittagsbetreuung angesucht werden. Eltern oder Alleinerzieherinnen mit kleinen Einkommen haben oft Probleme die nicht geringen Kosten, aufzubringen.

Was uns ein- und auffällt...

...daß der österreichischen Sozialdemokratie offenbar nicht mehr zu helfen ist. Während die SPÖ mit Andreas Babler, der alles Mögliche sein mag, jedoch sicher kein Marxist, bei um die 15 Prozent Wählerzustimmung herumdümpelt, will jetzt ein selbsternannter **Parteiretter und Multimillionär** die ehemalige Arbeiterpartei mit dem Bekennt-

nis kein Marxist und Klassenkämpfer zu sein, zu neuen Höhen führen. Es geht weniger um Marxismus und Klassenkampf, sondern einfach darum, die Sorgen und Nöte der einfachen Menschen angesichts von Teuerung, Zweiklassen-Medizin und schrumpfenden Pensionen endlich ernst zu nehmen!

...daß die ab Oktober geltende **Spritpreisbremse** eine Augenauswischerei ist. Der Finanzminister weiß sehr wohl, durch die gestiegenen Grundpreise bei Benzin und Diesel, steigen seine Mehrwertsteuereinnahmen per Automatismus gewaltig. Vielleicht sollte die Bundesregierung endlich auch hier die Übergewinne reduzieren.

...daß die SPÖ im Landtag die **Schließung von Spitälern und Abteilungen** zu Recht kritisiert, es aber sie selbst war, die bis vor der Landtagswahl in der Landesregierung genau diese Schließungspolitik vehement verteidigt und damit erst der FPÖ zu einem Wahlerfolg verholfen hat.



„Wohnen Leoben“ macht Mieten teurer

Die Verwaltung der städtischen Gemeindewohnungen wurde in eine neue Organisationsform – „Wohnen Leoben“ – übergeführt. Die KPÖ stimmte dagegen. Mit gutem Grund, wie sich zwischenzeitlich gezeigt hat. In einem ersten Schritt wurde die bisher geltende Mietzinsobergrenze, sie betrug bisher 5,60 Euro, bei Neuvermietungen abgeschafft und auf 6,40 Euro angehoben. War bisher der Gemeinderat für Mietzinserhöhungen zuständig, so kann das die Verwaltung nun selbständig machen. Außerdem werden

jetzt auch befristete Mietverträge vergeben. Das Argument: Man will in Häusern, die zur Sanierung anstehen, keine Mieter mit unbefristeten Verträgen hineinnehmen. Wollen wir wirklich bei unseren Gemeindewohnungen zwei Klassen von Mietern haben? Solche, die nach wie vor unbefristete Verträge haben und solche, die in Wohnungen leben, wo sie nicht genau wissen, wann sie ausziehen müssen? Die KPÖ hat deshalb im Gemeinderat den Antrag gestellt, die Mietzinse auch bei Neuvermietungen bei 5, 60 Euro zu belassen und allfällige Änderungen nur

mit einem Beschluß im Gemeinderat durchführen zu können. Außerdem fordern wir ein Investitionspaket von zusätzlich mindestens 500.000 Euro im Budget 2027. Höchste Zeit, daß wir unsere Wohnungen so in Schuß bringen, daß sie gerne angenommen werden und wir von den hohen Leersandkosten endlich heruntterkommen. Ein Ausschuß wird sich jetzt mit unseren Forderungen beschäftigen. Im Gemeinderat wurde einstimmig beschlossen, 1,12 Millionen Euro für Wohnungsstandardanhebungen in der Max Kober-Gasse 1 und 3 vorzusehen. Ange-



Werner Murgg
KPÖ-Gemeinderat

sichts des dringenden Sanierungsbedarfs weiterer Wohnungen ein erster Tropfen auf den heißen Stein. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Fassade des Rathauses um 8,2 Millionen(!) Euro zu sanieren. Da fehlt mir die Verhältnismäßigkeit. Man fragt sich: Will sich Bürgermeister Wallner dort ein Denkmal setzen? Die KPÖ konnte da nicht mitgehen.



BELLAGGIO
GELATERIA



Im Leoben City Shopping
Montag bis Freitag 7:30 bis 19:00
Samstag 7:30 bis 18:00



Aus dem Leobener Gemeinderat

KPÖ für günstige Gemeindewohnungen

Gegen die Stimmen von KPÖ und ÖVP wurden die städtischen Gemeindewohnungen in eine neue Organisationsform – Wohnen Leoben – übergeführt. Sowohl KPÖ als auch ÖVP lehnen die neue Struktur ab. Sie befürchten Mehrkosten. Bei Neuvermietungen gibt es keine fixen Mietzinsobergrenzen mehr; außerdem können jetzt auch befristete Mietverträge abgeschlossen werden. Diese Maßnahmen lehnt die KPÖ ab.

Sie stellte den Antrag die Mietzinse auch bei Neuvermietungen auf maximal 60 Prozent des Richtwertes zu begrenzen. Das sind 5,60 Euro pro Quadratmeter, der bisherige Höchstwert. Die Gemeinde hat ihn bereits auf 72 Prozent des Richtwertes angehoben. Außerdem soll es nur unbefristete Mietver-

träge geben und im Budget 2027 soll ein Mindestbetrag von 500.000 Euro für Wohnungsstandardanhebungen vorgesehen werden.

Reinhard Lerchhammer (ÖVP): „Ich bin für die Anhebung auf 500.000 Euro. Die anderen Punkte lehnen wir ab.“

Walter Reiter leistete sich

neuerlich einen Seitenhieb auf die Leiterin der Immobilienverwaltung: „Wir sollten hier jemanden anstellen, der Immobilienmanagement studiert hat.“

Heinz Ahrer (SPÖ): „Ich sehe keinen gravierenden Fehler im KPÖ-Antrag.“ Erschlug vor, den Antrag dem Rechts- und Finanzausschuß zur Beratung zuzuweisen. Das wurde einstimmig angenommen.

Verkehrschao Moserhofstraße

Bei Unterrichtsbeginn bzw. -ende kommt es rund

um das Gymnasium regelmäßig zu Verkehrsproblemen. Die FPÖ beantragte die Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes. Der Antrag wurde einstimmig an den Verkehrsausschuß verwiesen.

FPÖ, KPÖ und ÖVP beantragten neuerlich Entlastungsmaßnahmen beim Parken. Sie fordern die Herausnahme der Mallingersiedlung und des Parkplatzes in der Gösserstraße, der ohnehin kaum genutzt wird, aus der Grünen Zone. Die Maßnahme soll bis Sommer 2027 evaluiert werden. SPÖ, Reiter und Grüne lehnten das mit ihrer Mehrheit ab.

Kostenlose Marktwerteinschätzung

bis 30. November 2026

Immobilienverkauf?

Ich berate Sie gerne!

Jetzt Termin vereinbaren!



 **REMAX**
Tradition



Wolfgang Wilding
+43 664 395 17 40
office@remax-tradition.at
Waasenplatz 1, 8700 Leoben

Aus dem Leobener Gemeinderat

E-Scooter werden aus der Fußgängerzone verbannt

Mit den Stimmen von SPÖ, Grünen und Reiter wurde die Einfahrtsregelung in die Fußgängerzone neu geregelt. Diese sieht auch ein Einfahrtsverbot für E-Scooter vor. Daran entzündete sich eine heftige Diskussion.

Daniel Geiger (FPÖ): „Für diese Maßnahme gibt es keine sachliche Rechtfertigung. Der Antrag ist gegen unsere Stadt gerichtet.“

Margit Keshmiri (SPÖ) verteidigte die Maßnahme: „Sie ist sehr wohl im Sinne der Leobener. Viele Menschen fühlen sich von den E-Scootern bedroht.“

Werner Murgg (KPÖ) schlug vor im Sinne der Gleichbehandlung auch Elektrofahrräder die Einfahrt zu untersagen. Murgg: „Zwei Vorschläge: Wir lassen alle E-Scooter, Fahrräder und Elektrofahrräder zu, aber nur mit Schrittgeschwindigkeit. Oder wir kennzeichnen für diese Verkehrsmittel eine eigene Spur über den Hauptplatz, die von ihnen nicht verlassen werden darf.“

SPÖ, Reiter und Grü-

ne waren zu keinen Kompromissen bereit. Deshalb stimmten FPÖ, KPÖ und

ÖVP gegen die Maßnahme. Sie soll nach einem Jahr evaluiert werden.

In der FUZO gibt es neue Einfahrtsregelungen: E-Scooter dürfen nicht mehr einfahren.

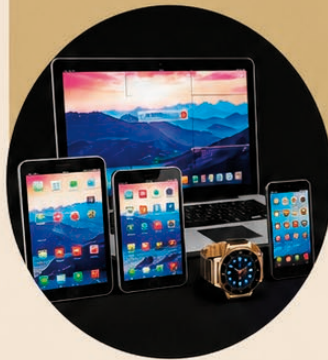


DAS PFANDHAUS

PFANDLEIHE & GOLDANKAUF

**SOFORT
GELD
IN BAR**

Seriöse, verlässliche PFANDLEIHE



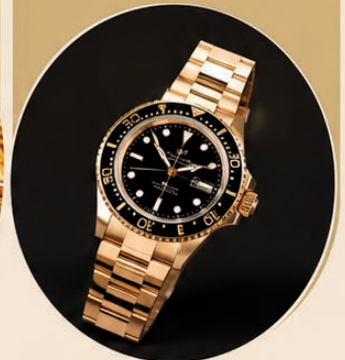
Schnelle Hilfe in finanziellen Engpässen – diskret, flexibel und unkompliziert.

Experte für GOLDANKAUF



Wir kaufen Ihr Gold in jeder Form: Schmuck, Münzen, Barren, Zahngold, Altgold u.v.m.

Ankauf von LUXUSUHREN



Wir kaufen hochwertige Luxusuhren aller bekannten Marken.



JETZT GRATIS SCHÄTZUNG IM PFANDHAUS

- ✓ Kostenlose und unverbindliche Bewertung
- ✓ Sofort Bargeld vor Ort
- ✓ Diskrete und seriöse Abwicklung



FAIRE PREISE
Transparente und marktgerechte Bewertung.



SCHNELL & UNKOMPLIZIERT
Sofortige Abwicklung ohne lange Wartezeiten.



DISKRET & VERTRAULICH
Absolute Diskretion ist für uns selbstverständlich.



ERFAHREN & VERLÄSSLICH
Langjährige Erfahrung und kompetente Beratung.



www.pfandhaus-leoben.at



Das Pfandhaus
Waasenplatz 1
8700 Leoben



0660 / 790 10 36
Wir sind für Sie da!

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17.
Verantwortlicher Chefredakteur: Dr. Werner Murgg. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich.
Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

Die häufigsten mietrechtlichen Fragen

Ich bekomme meine Kautions nicht zurück. Was kann ich tun?

Wurde die Wohnung ordnungsgemäß an den Vermieter zurückgegeben, muß der Vermieter die Kautions laut Mietrechtsgesetz (MRG) unverzüglich samt Zinsen zurückgeben. Ist der Vermieter der Meinung, daß Schäden durch den Mieter verursacht wurden, die von der Kautions in Abzug gebracht werden könnten, ist er verpflichtet, sich so rasch wie möglich darum zu kümmern, welchen Betrag er allenfalls einbehalten könnte. Dies alles sollte

innerhalb weniger Werktagen erfolgen.

Allerdings werden die Mieter oft über Wochen mit der Rücküberweisung der Kautions oder Übermittlung einer Kautionsabrechnung hingehalten. Daher sollten die Mieter sofort den Vermieter schriftlich zur Zahlung der Kautions aufordern, wenn die Kautions nicht innerhalb einer Woche überwiesen wird. Sollte das nichts bringen, besteht die Möglichkeit bei der Schlichtungsstelle in Leoben oder für andere Gemeinden beim Bezirksgericht einen Antrag einzubringen.

Kann es sein, daß mein Mietzins zu hoch ist? Welche Möglichkeiten gibt es?

Bei vielen Mietverträgen im klassischen Altbau wird immer noch ein zu hoher Mietzins vereinbart, der bekämpft werden kann. Entweder über die Schlichtungsstelle oder beim Bezirksgericht. Ein kleiner Tipp: Prüfen Sie einmal selbst, ob ihr Mietzins zu hoch sein könnte. Der derzeit geltende Richtwert beträgt netto 9,30 Euro. Ziehen Sie davon, wenn Ihr Mietverhältnis befristet ist, 25 Prozent ab, so ergäbe dies einen Zins von netto 6,98 Euro pro Quadratmeter. Liegt Ihr Zins darüber, sollten Sie aktiv werden.

mer von einer Gesundheitsgefährdung ausgehen kann. Sie sollten den Schimmelbefall sofort beim Vermieter melden und die ordnungsgemäße Sanierung einfordern. Gleichzeitig sollten Sie dem Vermieter mitteilen, daß Sie den Mietzins nur mehr unter Vorbehalt einzahlen, da Schimmelbildung grundsätzlich zur Mietzinsminderung berechtigt. Bleibt der Vermieter untätig, müßten Sie beim Bezirksgericht oder der Schlichtungsstelle einen Antrag auf Sanierung einbringen. Im Zuge des Verfahrens wird ein Sachverständiger die Wohnung begutachten und die notwendigen Schritte zur Sanierung festlegen. Bei Schimmel werden die Mieter oft mit dem Vorwurf konfrontiert, daß sie selbst an der Schimmelbildung schuld seien, da sie ein falsches Benutzerverhalten hätten, also zu wenig heizen und lüften würden. Dies stimmt in vielen Fällen nicht, da sehr oft Baumängel oder Feuchtigkeitsprobleme beim Haus vorhanden sind.

Oktoberbier genießen



Bis Ende Oktober können Sie im Gösler Bräu Leoben das traditionelle Oktoberbier genießen. Es ist ein helles, untergäriges Vollbier mit 5,2 % Alkoholgehalt und hat eine Stammwürze von 11,9°. Es besticht durch seine feine Malznote und den angenehmen Hopfenton. Das Oktoberbier ist mit seiner strohgelben Farbe auch ein Genuß für das Auge. Liebhaber eines guten steirischen Bieres sollten deshalb im Gösler Bräu vorbeischaun um das Oktoberbier zu genießen.

In meiner Wohnung ist Schimmel, was tun?

Bei Schimmel in der Wohnung sollten Sie sofort tätig werden, da man da fast im-



KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



Die KPÖ Leoben bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70



Gösser

BRÄU

LEOBEN

- FESTSAAL
- KEGELBAHN
- PARTYRAUM
- GASTGARTEN
- SEMINARRAUM
- CATERING



03842 28 530



www.gösserbräu-leoben.at



Turm-gasse 3, 8700 Leoben



office@gösserbräu-leoben.at



**Montag bis Sonntag: 10 bis 22 Uhr
Mittwoch Ruhetag**

Steinbruch Leitendorf – IGLL informierte

Bis zum letzten Platz gefüllt war die Informationsveranstaltung der Interessengemeinschaft Lebenswertes Leitendorf – IGLL Mitte September. Die von der IGLL beauftragten Juristen Klaus Hirtler und Werner Anzenberger betonten in ihren Ausführungen, daß der Steinbruch entgegen der Darstellung des Betreibers kein Bagatellbetrieb sei, sondern ein gefährlicher Abbaubetrieb, der entsprechenden Auflagen unterworfen werde müsse. So gab es bereits sieben dokumentierte Sprengunfälle, teilweise mit Personenschaden!

Darüber hinaus wurde die Betriebstätigkeit des Steinbruches in den Jahren seit der Neuinbetriebnahme – der Steinbruch war ja über viele Jahre hinweg faktisch stillgelegt – massiv ausgeweitet. Die Abbaumenge hat sich massiv erhöht, die Sprengungen nahmen zu, es wurden Sand- und Schotterbrucharbeiten in Betrieb genommen, auch eine Betonmischanlage sei ge-

plant. All diese Erweiterungen seien rechtlich zu hinterfragen, es sei unklar, ob diese unter der derzeitigen Betriebslizenz überhaupt durchführbar seien. Besondere Brisanz hat ein aktuelles Lärmgutachten, welches eine hochgradige Belästigung der umliegenden Siedlungshäuser dokumentiert und darüber hinaus vor möglichen gesundheitlichen Auswirkungen warnt.

Wie weiter?

Die Juristen sehen in einer Musterklage die Möglichkeit gerichtlich feststellen zu lassen, ob es sich tatsächlich um einen Bagatellbetrieb handelt. Ein derartiger Musterprozess braucht jedoch eine Vorfi-

nanzierung, welche von einzelnen Anrainern kaum zu stemmen ist. Die Gemeinde könnte jedoch im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger – außerdem ist sie mit dem Schulzentrum selbst betroffen – von sich aus gerichtlich tätig werden.



Trachten FEILER: In Tracht durch den Herbst

Bedauerlicherweise konnte unser beliebtes Trachten-Oktoberfest in diesem Jahr nicht stattfinden. **Als Entschuldigung und kleines Dankeschön an unsere treuen Kunden möchten wir Ihnen dennoch eine Freude bereiten: Bei einem Einkauf bis Ende November erhalten Sie 10% Rabatt bei Barzahlung!**

Seit vielen Jahren steht **Trachten Feiler** für gelebte Tradition, persönliche Beratung und hochwertige Trachtenmode. Was einst als kleines Geschäft begann, hat sich zu einer beliebten Adresse für Trachtenliebhaber entwickelt –

mit einer großen Auswahl für Damen, Herren und Kinder. Ob klassisches Dirndl, Lederhose, festliche Trachtenmode oder ein modernes Trachten-Outfit für den Alltag – bei uns finden Damen, Herren und Kinder das passende Lieblingsstück. Besonders wichtig ist uns die **persönliche Beratung**. Wir nehmen uns Zeit für Sie und helfen Ihnen, ein Outfit zu finden, das nicht nur gefällt, sondern auch perfekt sitzt und Ihren persönlichen Stil unterstreicht. Und sollte einmal etwas nicht ganz passen, sorgt unser **haus-**

eigener Änderungsservice dafür, daß Ihr Trachtenstück wie angegossen sitzt. Auch **Vereine, Gruppen und Firmen** sind bei uns herzlich willkommen. Gemeinsam finden wir individuelle Lösungen und perfekt abgestimmte Trachten-Outfits für besondere Anlässe und gemeinsame Auftritte. Entdecken Sie jetzt die **aktuelle Herbstkollektion von Trachten Feiler** und lassen Sie sich von der Vielfalt der Trachtenmode inspirieren.

Für alle, die bereits frühzeitig Geschenke suchen: Bei uns gibt es **schöne Geschenkkarten und Geschenkgutscheine für Weihnachten!** Bei und finden Sie liebevolle Geschenke aus der Region – wie unseren beliebten Eisenstraßen-Schal, Trofaiacher-Schal und Grü-

ner-See-Schal. Oder schenken Sie einfach Freude mit einem unserer Geschenkgutscheine



Trachten Feiler hat auch exklusive Hochzeitbekleidung im Sortiment!

Aus dem Leobener Gemeinderat

Steinbruch: KPÖ fordert Gemeinde zum Handeln auf - SPÖ, Grüne und Reiter wollen nur prüfen lassen

Um endgültig zu klären, ob die Übertragung des Steinbruchs im Rahmen des MinroG (Mineralrohstoffgesetz) als Baggellbetrieb rechtens ist, hat die KPÖ im Gemeinderat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Der Antrag fordert die Gemeinde auf, als Eigentümerin des Pestalozzi-Schulzentrums und damit als Anrainerin des Steinbruchs auf Unterlassung zu klagen. Das ist der einzige Weg, um diese Frage einer Klärung zuzuführen.

In einem weiteren Antrag fordern SPÖ, Reiter und Grüne alle Handlungsmöglichkeiten prüfen zu lassen und den Gemeinderat in der Sitzung im Dezember darüber zu informieren.

KPÖ-Gemeinderat Werner Murgg: „Einen ersten Erfolg unseres Antrages gibt es bereits. Ohne unseren Antrag hätte es den Antrag der Allianz für Leoben sicher nicht gegeben. Endlich muß sich auch

die SPÖ bewegen. Die von ihr geforderte Prüfung wird sicher nichts anderes erbringen, als in unserem Antrag gefordert wird. Im Dezember werden sich SPÖ, Reiter und Grüne entscheiden müssen, ob sie nur weiter verzögern wollen oder im Sinne der geplanten Anrainer endlich handeln!“

Heinz Ahrer (SPÖ): „Zuerst müssen wir prüfen welche rechtlichen Chancen wir überhaupt haben. Das machen wir“

FPÖ-Gemeinderat Maximilian Gutschreiter wendet sich vehement gegen den KPÖ-Antrag: „Die Gemeinde kann nicht Prozeßfinanzierer von Anrainern sein.“ Auch ÖVP-Stadtrat Reinhard Lerchhammer sieht das ähnlich.

Jakob Matscheko (KPÖ) widerspricht: „Wir handeln

auch im Interesse der Gemeinde. Das Schulzentrum ist schließlich Anrainer. Der Steinbruch ist ein öffentliches Ärgernis!“

Der KPÖ-Antrag wurde von SPÖ, Reiter, Grünen, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Der Antrag von SPÖ, Reiter und Grünen wurde gegen die Stimmen der ÖVP angenommen.



TRACHTEN FEILER
Tradition • Qualität • mit Herz

Bis Ende November
-10% Rabatt
bei Barzahlung

Langefelderstr. 2, 8793 Trofaiach | Tel. 03847/2308 | www.trachten-feiler.at
Di – Fr: 9:00 – 12:30 & 15:00 – 18:00 Uhr, Sa 9:00 – 12:00 Uhr

TRACHTEN FEILER

Trachtig durch den Herbst
in Trachtenmode
von
TRACHTEN FEILER

Langefelderstraße 2, 8793 Trofaiach
Tel. 03847/2308, www.trachten-feiler.at
Di – Fr: 9:00 – 12:30 & 15:00 – 18:00 Uhr
Sa 9:00 – 12:00 Uhr

Ihre Werte in besten Händen

Richard und Lisa Jahrbacher raten beim Verkauf von Wertgegenständen an mobile Händler zu großer Vorsicht. Wenn es um die Schätzung von Schmuck, Gold und weiteren Edelmetallen, Pelzen und anderen Wertgegenständen geht, ist das Familienunternehmen von Richard und Lisa Jahrbacher ein seriöser Ansprechpartner.

„Wir sind vor Ort, wir sind greifbar, und wir sind seit Jahrzehnten in der Branche tätig“, sagt Lisa Jahrbacher. „Deshalb können unsere Kunden auf eine ebenso faire wie professionelle Schätzung vertrauen.“

Gleichzeitig warnen die

beiden Experten vor sogenannten mobilen Händlern, die immer wieder durchs Land ziehen, und ein paar Tage in der Stadt bleiben, um mit überzogenen Versprechungen Kunden anzulocken. „Diese Angebote klingen meist viel zu gut, um wahr zu sein. Hier ist äußerste Vorsicht geboten“, sagt Richard Jahrbacher.

„Beim Verkauf von Wertgegenständen empfehlen wir ausschließlich Fachleute, die nach den gesetzlichen Richtlinien handeln und auch eine entsprechende Ausbildung haben.“ Lisa Jahrbacher ist ausgebildete Gemmologin und diplomierte Diamantenfachfrau. „Wir bieten kostenlose Schätzungen aller Wert-



gegenstände an und arbeiten dafür mit gerichtlich zertifizierten Sachverständigen zusammen“, sagt sie.

Nähere Infos gibt es in den beiden Fachgeschäften

beim Schwammerlturm in Leoben und am Hauptplatz in Bruck sowie unter Tel. 0664/3382716 oder auf www.jahrbacher.at bzw. 0664/304 3873.

Café – Restaurant St. Michael

**Wildwochen bis Mitte November
Ganslessen ab 6. November**



WIR SIND FÜR SIE DA
Durchgehend warme Küche
Reservierungen: 0664 / 15 22 009

Öffnungszeiten:
Montag Ruhetag
Di – Fr 11 bis 21 Uhr
Sa, So und Feiertag von 10 bis 16 Uhr

Moderne Heizsysteme mit Erfahrung und Kompetenz – Fink Installationen aus Leoben

Seit Jahrzehnten beschäftigt sich die Firma Fink Installationen mit der Modernisierung von Heizungsanlagen und der Umsetzung effizienter Heizlösungen. Die Erfahrung aus vielen Jahren im Bereich Heizungstechnik ist die Grundlage für unsere individuelle Beratung und fachgerechte Umsetzung.

Seit mehreren Jahren liegt unser besonderer Schwerpunkt auf der Planung und Installation moderner Biomassekessel. Unsere Mitarbeiter sind bestens geschult und verfügen über das notwendige Know-how für die fachgerechte Montage sowie den professionellen Anschluss der Anlagen.

Die Planung einer neuen Heizlösung ist jedoch Chefsache: Harald Fink berät Sie persönlich als zertifizierter Biowärme-Installateur – unabhängig davon, ob es sich um einen Neubau oder die Modernisierung Ihres bestehenden Gebäudes handelt.

Auf unserer Homepage finden Sie verschiedene Kontaktformulare für unterschiedliche Beratungsvarianten. So können Sie ganz einfach die für Sie passende Möglichkeit wählen – egal, ob Sie langfristig planen oder



Harald Fink
Fink-Installationen GmbH

kurzfristig handeln müssen, weil Ihre bestehende Heizungsanlage unerwartet ausgefallen ist.

Wir sind Ihr Ansprechpartner für moderne, effiziente und zukunftsorientierte Heizsysteme. Gemeinsam mit unserem langjährigen Partner Windhager können wir individuelle Lösungen realisieren und Ihre Wünsche rund um Wärme und Komfort umsetzen.

Kontaktieren Sie uns – wir beraten Sie gerne persönlich und finden gemeinsam die passende Heizlösung für Ihr Zuhause.

Fink Installationen
Pestalozzistraße 63
8700 Leoben

<https://fink-installationen.at>

windhager
BEST HEATING TECHNOLOGY

+ WIE DIE NATUR:
**FINDET
ÜBERALL
PLATZ.**



BioWIN2 –

einer der kleinsten Pelletkessel seiner Klasse.

Bis zu 5 Jahre Vollgarantie, zigtausende zufriedene Kunden und über eine Milliarde Betriebsstunden an Erfahrung machen den kompakten und leistungsstarken BioWIN2 zur beliebtesten Pelletsheizung von Windhager. Natürlich aus Österreich. www.windhager.com

1-2 mal jährliche
Entleerung durch fahrbare
XXL-Aschebox

Einfach einzubringen
und zu montieren
durch geteilte Lieferung



FINK



Installationen GmbH

Pestalozzistraße 63, 8700 Leoben
Tel 03842 / 21 4 84, Fax 03842 / 21 4 84 - 14
www.fink-installationen.at, office@fink-installationen.at

Wir beraten Sie ...

≡ Badgestaltung

▲ Heizung

☼ Alternativennergien

Aus dem Landtag Steiermark – Sitzung vom Juni 2026

Folgen der Kürzungspolitik: FPÖ

Die Sozialpolitik von FPÖ-Landesrat Hannes Amesbauer hat nach einem guten Jahr bereits massive Einschnitte für viele Menschen gebracht. Mittlerweile zeigt sich, daß von den Kürzungen in großer Mehrheit vor allem österreichische Staatsbürger betroffen sind. So ist ein Effekt der Abschaffung der Inflationsanpassung der Wohnunterstützung, daß Mindestpensionisten jetzt sogar weniger Wohnunterstützung pro Monat bekommen als vorher, während die Wohnkosten weiter steigen.

Die neue Regelung der Sozialunterstützung trifft Familien besonders hart. Erst kürzlich hat sich eine alleinerziehende Mutter an die KPÖ gewandt – auch sie eine österreichische Staatsbürgerin. Durch die „Reformen“ von FPÖ und ÖVP verliert sie über 500 Euro pro Monat für sich und ihre drei Kinder. Gleichzeitig weigert sich die

FPÖ-ÖVP-Landesregierung die Folgen ihrer Politik genau anzuschauen. Eine schriftliche Anfrage der KPÖ, wie sich Armut in der Steiermark entwickelt und welche Auswirkungen die Maßnahmen der Landesregierung haben, wurde schlicht nicht beantwortet. „Wir sind der Meinung, ein Soziallandesrat sollte sich für diese Themen

und Daten interessieren“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordneter Alexander Melinz. „Die Kürzungen treffen viele Menschen, man kann nicht so tun, als hätten sie keine Auswirkungen.“

Hitzebelastung: KPÖ will Einbau von Klimaanlagen erleichtern

Der heurige Sommer war extrem heiß. Vor allem ältere Menschen und Menschen, die viel Zeit zuhause verbringen müssen, leiden stark darunter. Eine Klimaanlage kann Abhilfe schaffen. Wenn man aber nicht in einem Einfamilienhaus wohnt, sondern in einer Eigentums- oder Mietwohnung, ist es nicht leicht, die dafür nötigen Genehmigungen zu bekommen. Bewohner müssen sich dort oft mit mobilen Klimaanlagen begnügen, die weniger effektiv sind und mehr Energie verbrauchen, als fix montierte Anlagen. Der Einbau einer Beheizungsanlage zur Abwehr von Kälte gilt rechtlich als schutzwürdiges Interesse. Eine gesetzliche Privilegierung ermöglicht, daß sich der Einbau einer Heizung deutlich leichter durchsetzen läßt als sonstige bauliche Änderungen. Für

Klimaanlagen gilt das allerdings nicht. Die KPÖ fordert von der Bundesregierung für Klimaanlagen ebenso diese Erleichterungen zu schaffen. Der Antrag wurde allerdings von FPÖ, ÖVP und Neos abgelehnt.

Gesundheit: Fehlentscheidungen seit vielen Jahren

Die SPÖ – nunmehr in Opposition – kritisierte in der Landtagssitzung die Gesundheitspolitik des Landes. Freilich stimmt es, daß sowohl im Bereich der niedergelassenen Ärzte als auch in der Pflege große Mängel vorherrschen. Auch die Tendenz zum Abbau von Krankenhausbetten, die Schließung von Stationen und die De-facto-Schließung von Krankenhäusern hat sich unter Landeshauptmann Kunasek (FPÖ) genauso fortgesetzt wie unter seinen Vorgängern von der ÖVP. Was die Sozialdemokraten allerdings vergessen: Noch in Regierungsfunktion haben sie allen Plänen, die diese Kürzungen und den Rückbau der Gesundheitsversorgung vorgezeichnet haben, durchwegs zugestimmt. „Wenn die SPÖ nun vor einem Gesundheits-

Die gute Wahl für Ihre gesunde Ernährung



JOSEF WILHELMER
FRISCH SCHNELL TRADITIONELL

2 halbe Grillhendl
mit 2 Salaten

nur € 19,90

Angebot nur mit diesem Gutschein erhältlich
Angebot gültig bis 30.11.2026

Ersparnis € 7,-

GUTSCHEIN

- Im LCS gegenüber Eurospar
- Pichlmayergasse 17, 8700 Leoben
- Langfelder Str. 3, 8793 Trofaiach

GUTSCHEIN

Unsere steirischen Hendl
aus Bodenhaltung

Nährwerte
Pro 100g200-230kcal
Hochwertige Eiweiße, sehr gut verdaulich
Fettgehalt stark reduziert durch sorgsames grillen

HIGH
PROTEIN
LOW CARB

Allergenfrei
Laktosefrei
Glutenfrei



Alexander Melinz, KPÖ:
„Die neue Regelung bei der Sozialunterstützung trifft auch österreichische Familien besonders hart.“

will Augen verschließen

und Pflegenotstand warnt, dann muß man schon sagen: Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen. Der Regionale Strukturplan Gesundheit – also die zentrale Grundlage für Planung und Steuerung der Gesundheitsversorgung – wurde über viele Regierungsperioden hinweg von SPÖ und ÖVP gemeinsam beschlossen und mitgetragen. Genau diese politischen Entscheidungen haben die heutige lückenhafte Struktur und das wachsende regionale Ungleichgewicht überhaupt erst möglich gemacht. Leider hat die SPÖ die guten Ideen immer erst, wenn sie in der Opposition ist,“ so Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ).

Realitätsferne Pflegepolitik: Landesrat Kornhäusel (ÖVP) plant weitere Belastungen für Heimbewohner

Daß der Pflegebereich vor großen Herausforderungen

steht, ist seit Jahren bekannt: Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigt kontinuierlich, gleichzeitig fehlen Pflegekräfte, während hohe Belastungen, zunehmender Arbeitsdruck und eine starke Fluktuation die Situation weiter verschärfen. Umso befremdlicher ist die Prioritätensetzung von Gesundheitslandesrat Kornhäusel (ÖVP). „Anstatt endlich nachhaltige Maßnahmen zur Entlastung des Personals und zur langfristigen Absicherung der Pflege vorzulegen, bringt der Landesrat nun ernsthaft ins Spiel, die Pflegeheimbewohner stärker zur Kasse zu bitten. Seiner Meinung nach sollen künftig Kostenbeiträge aus dem Urlaubsgeld eingehoben werden. Pflegebedürftige Menschen und ihre Familien müssen schon jetzt einen enormen Teil ihres Einkommens für die Pflegekosten aufbringen – ausgerechnet bei jenen zusätzlich abzukassieren, die auf Unterstützung

angewiesen sind, zeigt, wie weit sich die blau-schwarze Politik von der Realität der Steirer entfernt hat. Wer die Finanzierung der Pflege auf dem Rücken älterer und pflegebedürftiger Menschen sichern will, hat den moralischen Kompass endgültig verloren“, kritisiert Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ).

Bundeskürzungen belasten steirische Unis

Die jüngst angekündigten Kürzungen der Universitätsbudgets durch die Bundesregierung geben auch in der Steiermark Anlaß zur Sorge. Investitionen in Wissenschaft und Forschung schaffen die Grundlage für Innovation, stärken die Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte und ermöglichen wissenschaftliche Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Besonders alarmierend ist, daß die ange-

kündigten Kürzungen nach Einschätzung der Universitäten einen historischen Rückschritt für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Österreich darstellen. Die Auswirkungen wären verheerend: Universitäten warnen vor dem Verlust tausender Arbeitsplätze im Wissenschaftsbereich, vor allem bei jungen Forschern, vor einer Verringerung des Lehrangebots, längeren Studienzeiten, verschlechterten Betreuungsverhältnissen sowie einer Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte ins Ausland. Die KPÖ hat mit einem Antrag gefordert, der Landtag möge sich für eine ausreichende Finanzierung der Universitäten aussprechen. Gerade die Steiermark wäre nämlich von dieser Entwicklung in besonderem Maße betroffen. Mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP wurde der Antrag abgelehnt.

TRACHTEN FEILER

MIT UNSERER TRACHT IN DEN HERBST

Fotos: R. B. / G. B.

Langfelderst. 2 8793 Trofaiach, Tel.: 03847 / 2308, www.trachten-feiler.at

Di - Fr 09:00 - 12:30 & 15:00 - 18:00 Uhr | Sa 09:00 - 12:30 Uhr

Prüfungsausschuß beschäftigt sich mit Städtetag

Im Gemeinderat lieferte Bürgermeister Kurt Wallner einige Zahlen zum vergangenen Städtetag in Leoben. Der Gesamtaufwand betrug 212.428 Euro. Abzüglich der Einnahmen verblieb ein Abgang von 107.428 Euro. Der Städtetag löste angeblich einen sogenannten „Wirkungswert“ von 737.000 Euro aus.



Grund genug sich im Prüfungsausschuß mit diesen Zahlen näher zu befassen. Dabei wurde klar, daß der Begriff „Wirkungswert“ kaum realistisch mit tatsächlichen Zahlen hinterlegt werden kann. So fließen darin beispielsweise Berichte in den Medien über den Städtetag in diesen Wert ein. Dabei wird die für eine vergleichbare Werbung zu bezahlende Summe einfach als Wirkungswert angenommen, was mehr als fragwürdig ist. Es gibt allerdings den Begriff „Wertschöpfung“, der tatsächlich berechnet werden kann. Werner Murgg (KPÖ), er ist Vorsitzender des Prüfungsausschusses, schlug deshalb vor, das Institut der TU Wien für Finanzwissenschaft und Infrastrukturplanung mit der Prüfung des Städtetages betreffend seine tatsächliche Wertschöpfung zu beauftragen. Das Institut würde im Rahmen einer Diplomarbeit diese Prüfung kostenfrei übernehmen. Der Prüfungsausschuß befürwortete diesen Vorschlag.

DAS PFANDHAUS

PFANDLEIHE & GOLDANKAUF

**SOFORT
GELD
IN BAR**

BIS ZU

10%

**ÜBER TAGESKURS
BEIM GOLDANKAUF***

Goldschmuck • Münzen • Barren • Zahngold

Faire Preise und persönliche Beratung.



JETZT GRATIS SCHÄTZUNG IM PFANDHAUS

- ✓ Kostenlose und unverbindliche Bewertung
- ✓ Sofort Bargeld vor Ort
- ✓ Diskrete und seriöse Abwicklung

PFANDLEIHE FÜR:



**ELEKTRONIK
& TECHNIK**



LUXUSUHREN



**SCHMUCK
& GOLD**



www.pfandhaus-leoben.at



Das Pfandhaus
Waasenplatz 1 | 8700 Leoben



0660 / 790 1036

*Aktion abhängig von Menge, Reinheit und Marktsituation.

Kommentar

Was darf man sich von der Politik erwarten?

Leoben hat einen neuen Flächenwidmungsplan. Er wurde von SPÖ, Reiter, Grünen und FPÖ beschlossen. Im Flächenwidmungsplan wird unter anderem festgelegt, wo gebaut werden darf. Neu dazugekommen ist eine rund 4.500 Quadratmeter große Fläche auf dem Grundstück der Van-Straaten-Villa in Leitendorf, gegenüber der Polizei. Dort will McDonalds eine neue Filiale errichten, der bisherige Standort an der Kärntnerstraße ist dem Unternehmen zu klein. Das Problem: Weder Interspar noch Intersport-Tscherne waren bereit, Anteile ihrer Flächen an McDonalds abzutreten. Das wäre die beste Lösung gewesen. Hier

hätte Bürgermeister Kurt Wallner den Betreiber bei seinen Plänen an der Tivoli-Kreuzung ausbauen zu können, unterstützen müssen. Besonders enttäuscht hat mich das Abstimmungsverhalten der Grünen: Susanne Sinz, die bei jedem anderen Anlaß einen Vortrag über die Notwendigkeit von versickerungsfähigen, unversiegelten Böden, von der Bedeutung von Grünflächen und dem Lebensraum Wiese hält, stimmte dieser Flächenvernichtung nicht nur zu, sondern argumentierte im Gemeinderat sogar noch damit, sie könne diese Versiegelung mittragen, weil ohnehin rundherum schon alles versiegelt sei. Und

das, obwohl es auf die eine Stimme der Grünen bei der Beschlussfassung gar nicht angekommen wäre! Ähnlich beim Bebauungsplan in Hinterberg. Hier sollen auf 14.000 Quadratmetern reihenhausartige Wohneinheiten entstehen. Der vorgelegte Plan schaut nach Gefälligkeitspapier an den Bauwerber aus. So wurde der Einreichplan bereits vor dem Beschluß des Bebauungsplanes im Gemeinderat vorgelegt. Auch hier stimmten die Grünen der Bodenversiegelung zu.

Ich frage mich: was darf sich der Wähler von der Politik noch erwarten, wenn nach der Wahl alles vorher Gesagte keine Rolle mehr spielt? Auch die FPÖ darf



Von Jakob Matscheko,
KPÖ-Gemeinderat

man in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen. Die angebliche Oppositionspartei hat im Gemeinderat diesmal vielfach mit der Allianz (SPÖ, Reiter, Grüne) mitgestimmt: Flächenwidmung, Budgetnachtrag oder der Grundsatzbeschluss zur Rathausanierung, hier geht es um mindestens 8 Millionen Euro Steuergeld, während für die Gemeindewohnungen nur Brösel bleiben. Da sieht sich vielleicht schon jemand selbst als künftiger Bürgermeister im frisch sanierten Rathaus?

Immobilienpekulant in der Krise – Ordea Insolvent

Viele Mieterinnen und Mieter in Leoben, vor allem in den ehemaligen Werkswohnungen in Donawitz, aber auch in Seegraben und der Proleberstraße, haben mit der Firma Ordea schlechte Erfahrungen gemacht. Nun wurde bekannt, daß über die Ordea Service GmbH Anfang September ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde. Angestrebt wird laut Informationen des Kreditschutzverbandes ein Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung.

Die Ordea Service GmbH ist Teil eines verschachtelten Firmennetzwerkes mit über zwei Dutzend Gesellschaften, welche letztlich dem „Immobilieninvestor“ Tobias Gebetsroither zuzurechnen sind. Weitere Unternehmen dieser Gruppe sind u.a. eine GT7 Service Holding, eine FG8 Immobilien GmbH oder eine GT7 Group GmbH. Firmensitz ist ein Briefkasten an der noblen Wiener Adresse Tuchlaubenhof 7a, ein Ge-

bäude, das im Übrigen im Zusammenhang mit dem verkrachten Immobilienpekulanten Rene Benko in Zusammenhang steht. Die der KPÖ bekanntgewordenen Probleme der Mieter der Ordea-Wohnungen sind kaum aufzuzählen. Fehlende oder falsche Betriebs- und Heizkostenabrechnungen, keine erreichbare Hausverwaltung, undurchsichtige Klauseln bei Mietverträgen, monatelang ausfallende

Heizungen, Probleme bei der Rückzahlung von Kauti- onen, desolate Immobilien, Müllberge und Rattenplagen inklusive. Unlängst wurde wieder ein Fall bekannt, wo Ordea anstelle der funktionierenden Gasheizung auf Fernwärme umstieg, die an-

fallenden Rechnungen der Stadtwerke jedoch nicht bedienen konnte – mit der Folge, daß die Mieter in kalten Wohnungen sitzen.

Wichtig für die Mieterinnen und Mieter der Ordea ist: Zahlen Sie ihre Miete wie bisher normal

weiter. Sollte es zu einem Eigentümerwechsel kommen, unterschreiben Sie keinesfalls neue Mietverträge!



Umfrage

Soll weitere Grünfläche verbaut werden?

In der jüngsten Gemeinderatssitzung wurde gegen die Stimmen der KPO der neue Flächenwidmungsplan (FWPL) zur Auflage freigegeben. Nun können Einwendungen gemacht werden. Unter anderem sieht der neue FWPL vor, 4.500 m² des Grundstückes westlich der Van Straten Villa, entlang der Josef Heißl-Straße, in Bauland umzuwidmen. McDonalds will den Standort von der Tivoli-Kreuzung hierher verlegen. Das ist angesichts zahlreicher, bereits als Bauland gewidmeter Grundstücke, die trotzdem seit Jahren brach liegen, nicht einzusehen. Offenbar leh-

nen diese Umwidmung auch viele Leobenerinnen und Leobener ab. Auf die Umfrage in der letzten Nummer unserer Zeitung haben dutzende Bürgerinnen und Bürger geantwortet und drückten ihre Ablehnung dieser Umwidmung aus.

„Vorhandenes Bauland, das zur Verfügung steht, verwenden.“

I.K., 8700 Leoben

„Auf keinen Fall umwidmen.“

H.E., 8700 Leoben

„Um Gotteswillen, Nicht auch das noch versiegeln.“

H.D., 8700 Leoben

„Grünland ist Leben, Beton Ableben.“

H.S., 8700 Leoben

„Gehört zwar nicht zum Thema, die Frage muß trotzdem gestellt werden. Wann begreift Bürgermeister Wallner, daß er endlich abtreten soll? Diese Umwidmung ist abzulehnen.“

B.Z., 8700 Leoben

„Bestehende Ressourcen nutzen, statt weiter zu versiegeln.“

D.K., 8700 Leoben

„Grünflächen sind wichtig!“

M.F., 8700 Leoben

„Nur weil McDonalds einen Neubau hinstellen will, soll umgewidmet werden? Nein!“

G.S., 8700 Leoben

„Vorher die gewidmeten Gründe verbauen...“

E.K., 8700 Leoben

„Angesichts der zunehmenden heißen Sommer geht „Grün-Zubetonieren“ gar nicht!“

B.R., 8700 Leoben

„Nicht schon wieder umwidmen. Bürgermeister und Reiter sofort zurücktreten.“

H.W., 8700 Leoben

„Keine neuen Grünflächen verbauen. Gewidmetes Bauland zuerst nutzen.“

A.Sch., 8700 Leoben

„Bin entsetzt über diese Idee...“

R.P., 8700 Leoben

„Ich bin gegen diese Umwidmung!“

K.T., 8700 Leoben

„Diese Umwidmung unbedingt verhindern. Es gibt genug freies Bauland.“

K.P., 8700 Leoben

„Weitere Bodenversiegelung unbedingt vermeiden!“

J.P., 8700 Leoben



Diesmal erreichten uns so viele Leserzuschriften, wie schon lange nicht mehr.

Diese Grünfläche soll verbaut werden.

Pensionen kosten zu viel?

Die Wahrheit sieht anders aus!

Wenn es um Fragen der Zukunft des österreichischen Budgets geht, gibt es eine Standardantwort: Die Pensionen kosten zu viel. Dann wird auf die „Pensionskosten des Staates“ verwiesen, die unter dieser fälschlichen Rubrik über 32 Milliarden Euro und damit über ein Viertel der Ausgaben des Bundes betragen. Tatsächlich fließt von diesen Ausgaben nur ein Teil, ca. ein Viertel, ins Pensionssystem der ASVG-Versicherten.

Ein großer Brocken – etwa ein Drittel – stellen die Ruhegüsse der Beamten dar, der große Rest sind Sozialausgaben in Ergänzung zur Pensionsversicherung, aber nicht deren Bestandteil. Die angeblich „zu teuren Pensionen“ werden als Kampfbegriff derer verwendet, die das bewährte Umlagesystem der gesetzlichen Pensionsversicherung zugunsten privater Versicherungen madig machen wollen. Die Regierung hat mit dem sogenannten „Nachhaltigkeitsmechanismus“ beschlossen,

daß – werden die geplanten Einsparungen von 7,5 Milliarden Euro bis 2030 nicht erreicht – Verschlechterungen im Pensionssystem gesetzlich vorgeschrieben werden: zum Beispiel eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters auf 67 Jahre oder darüber.

Demgegenüber zeigen alle Untersuchungen der Alterssicherungskommission, die von der Regierung eingesetzt wurde, daß das Pensionssystem auf der derzeitigen Grundlage auf lange Sicht stabil bleibt.

Erhöhung des Pensionsantrittsalters heißt nicht automatisch geringere Pensionsausgaben

Erstaunlich ist, daß niemand von den Verfechtern eines höheren Antrittsalters vorweisen kann, was sich der Staat dadurch tatsächlich ersparen könnte. Weder die Alterssicherungskommission noch eines der zahlreichen Wirtschaftsforschungsinstitute haben bisher eine solche Rechnung aufgestellt. Es gibt dazu bis dato keine seriöse wissenschaftliche Untersuchung. Abgesehen davon, daß die Lebenserwartung nicht mehr in dem Ausmaß steigt, wie in früheren Jahren, gibt es gute Gründe, einen Einsparungseffekt für den Staatshaushalt bei einem höheren Antrittsalter in Zweifel zu ziehen. Es kommen zwar in den ersten Jahren der ver-

längerten Arbeitsjahre mehr Beiträge in die Pensionsversicherung, aber nicht in dem Ausmaß der verlängerten Arbeitszeit. Denn ein erheblicher Teil von Menschen wird aus der Arbeitslosigkeit, der Berufsunfähigkeit oder dem Krankenstand in die Pension übertreten. Außerdem werden dann höhere Pensionen bzw. die nicht gedeckten Versicherungszeiten bis zum Lebensende, also höhere Pensionsausgaben, anfallen.

Außerdem müßte der Staat länger als bisher den Beschäftigten im öffentlichen Dienst höhere Gehälter (Binnensprünge) zahlen und die daraus resultierenden höheren Ruhegüsse. Ob all das zu einem zumindest relativen Rückgang der Ausfallhaftung im ASVG oder der Pensionsfinanzierung im öffentlichen Dienst im Budget führt, ist zumindest offen.

PENSIONEN KOSTEN ZU VIEL? DIE WAHRHEIT SIEHT ANDERS AUS!

Von über € 32 Mrd., die fälschlich als „Pensionskosten des Staates“ bezeichnet werden, fließt nur ein Bruchteil ins Pensionssystem der Arbeiter und Angestellten.

ca. 1/4
ASVG - PENSIONEN
FÜR ARBEITER UND
ANGESTELLTE

ca. 1/3
RUHEGÜSSE
(PENSIONEN) DER
BEAMTEN

ÜBER
€ 32 MRD.

FÄLSCHLICH ALS
„PENSIONSKOSTEN
DES STAATES“
BEZEICHNET

ca. 1/3

SOZIALAUSGABEN
IN ERGÄNZUNG ZUR
PENSIONSVERSICHERUNG -
ABER NICHT TEIL
DES PENSIONSSYSTEMS

WIR LASSEN UNS NICHT EINSCHÜCHTERN!

Wohn

gemeinschaften:

Auch rechtlich nicht immer einfach

Wegen der zum Teil exorbitant gestiegenen Mietkosten werden – nicht nur für Studierende – Wohngemeinschaften immer beliebter. Eine funktionierende WG hängt vor allem davon ab, ob man sich menschlich gut versteht, aber auch rechtlich gilt es einiges zu beachten. Der Mietvertrag kann in der Form abgeschlossen werden, daß es auf Mieterseite einen Hauptmieter und einen oder mehrere Untermieter gibt oder – und das ist häufiger der Fall – so, daß im Mietvertrag auf Mieterseite alle Bewohner namentlich genannt werden.

In letzterem Fall bilden die Mieter eine Rechtsgemeinschaft und können daher immer nur gemeinsam

rechtliche Schritte setzen. Das betrifft z.B. die vorzeitige Beendigung des Mietverhältnisses, die nur wirksam wird, wenn alle Mieter die Kündigung unterschreiben. Die Kündigung eines einzelnen Mitglieds der WG wäre außerdem nur dann möglich, wenn nicht nur alle Mitmieter einverstanden sind, sondern auch der Vermieter. Umgekehrt haften alle Mieter für die Bezahlung der Miete solidarisch, das heißt, der Vermieter kann einzelne Mieter auch dann auf Bezahlung des gesamten Rückstandes klagen, wenn diese nachweisen können, ihren „Anteil“ an der Gesamtmiete geleistet zu haben.

Insbesondere unter Stu-

dierenden ist es gängige Praxis, bei Einzug in eine WG die vereinbarte Kautions dem ausziehenden Vermieter zu zahlen. Das birgt allerdings das Risiko, daß, wenn man zu den letzten Bewohnern der WG zählt, bevor diese aufgelöst wird, der Vermieter die seinerseits von den ersten Bewohner der WG eingehobene Kautions für die Reparatur allfälliger, im Laufe der Zeit entstandenen Schäden

in der Wohnung heranziehen wird. Abhilfe würde hier nur die Bezahlung der Kautions an den Vermieter schaffen, was aber aus verschiedenen Gründen wiederum sehr unpraktisch ist.

Seltener bekommen die Mitglieder einer WG vom Vermieter einzelne, meist auf ein konkretes Zimmer einer Wohnung bezogene, Mietverträge.

Gold- und Silberankauf!



STOP! Wenn Sie Ihren Gold- und Silberschmuck, Diamant- und Edelsteinschmuck, Ihre Gold- und Silbermünzen, Armband- und Taschenuhren, Briefmarken, Orden und Auszeichnungen, Urkunden, Fotoalben und Bücher vom 1. bzw. 2. WK, Bilder, Teppiche verkaufen möchten, fragen Sie zuerst unsere **Sachverständigen. Schätzungen** sind in unseren Geschäften in **Leoben** (beim Schwammerlturm) und **Bruck** (Hauptplatz, im Haus Glasbau Gruber) **kostenlos** – Hausbesuche nach Anruf. Wir erstellen auch **Gutachten** für Schmuck und Antiquitäten für Haftungsversicherungen und Testamente.

☎ 0664 / 33 82 716

ÖFFNUNGSZEITEN: Bruck: 9-15 Uhr | Leoben: 8-16 Uhr

SOFORTANKAUF

GOLDDUKATEN, PHILHARMONIKER, BABENBERGER, GOLDBARREN.

AUCH JEDE MÜNZSAMMLUNG! SILBER, KUPFER UND NICKEL.

ANKAUF VON 10-, 25-, 50-, 100 - und 500-SCHILLING-MÜNZEN!

(auch beschädigte Münzen)

WWW.JAHRBACHER.COM



KOSTENLOSE MIETERBERATUNG

Die KPÖ-Leoben bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.
Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

Aus dem Landtag Steiermark – Sitzung Juli 2026

Umbau der Energieversorgung: Kosten müssen transparent sein

Im Dezember letzten Jahres hat der Landtag Steiermark eine Enquete zum Thema Energie abgehalten. Neben den Landtagsparteien waren dazu auch namhafte Expertinnen und Experten von Universitäten und aus verschiedenen Bereichen der Energiewirtschaft geladen. Ziel war es, Ausblicke auf die kommenden Herausforderungen in der Steiermark zu geben. Für die KPÖ stand dabei im Zentrum, daß Energie - Strom, Gas und Fernwärme - für die Haushalte leistbar sein muß.

In der Landtagssitzung wurde ein Antrag von FPÖ und ÖVP vorgelegt, der die Ergebnisse dieser Enquete zusammenfassen und als Forderungen und Maßnahmen an Landes- und Bundesregierung richten sollte. „Leider blieb dabei offen, was genau unter richtigen Schlagworten wirklich zu verstehen ist, welchen Zeithorizont diese Maßnahmen haben sollen und wie etwa mit den Kosten umzugehen ist“, so Alexander Melinz (KPÖ). So wurden wichtige Fragen – etwa wer die Kosten des nötigen Netzausbaus tragen soll – nicht geklärt. Allein diese Maßnahme wird in den nächsten zehn Jahren mehrere Milliarden Euro kosten. Melinz: „Es würde zu Energiekostensteigerungen in einem nicht tragbaren Ausmaß führen, wenn alle Investitionskosten auf die Kunden abgewälzt werden.“ Die KPÖ forderte in einem Antrag Kostenwahrheit für die geplanten Projekte – also aufzuzeigen, welche Kosten auf die Stromkunden potenziell zukommen. Der Antrag wurde von FPÖ und ÖVP allerdings abgelehnt.

Fall Grasser: KPÖ will Korrupte von Privat- konkurs ausschließen

Wegen Korruption wurde der ehemalige Finanzminister Karl-Heinz Grasser 2020 im Prozeß rund um die Privatisierung der Bundeswohn-

baugesellschaft (BUWOG) zu acht Jahren Haft verurteilt. Kürzlich hat der Oberste Gerichtshof das Urteil bestätigt und das Strafausmaß auf vier Jahre Freiheitsstrafe herabgesetzt. Grasser beantragte daraufhin Privatkonkurs. „Wer – wie Karl-Heinz Grasser – die Allgemeinheit durch korrupte Handlungen massiv geschädigt hat, sollte nicht die Vorteile eines Privatkonkurses genießen. Bereits jetzt sind bestimmte Delikte wie betrügerische Krida oder Vollstreckungsvereitelung Gründe, um ‚unredliche‘ Schuldner von einer Restschuldbefreiung auszuschließen. Wir wollen



Foto: wilhei. pixabay

das auf Korruptionsdelikte ausweiten“, sagt Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ). Die KPÖ hat deshalb im Landtag gefordert, daß die Bun-

desregierung das Gesetz in diesem Sinne ändern sollte: Bei Korruption soll künftig kein Privatkonkurs mehr möglich sein. Leider stellten sich sowohl die Parteien der Landesregierung, FPÖ und ÖVP, als auch SPÖ und Grüne gegen den Antrag. Als Finanzminister hatte Grasser Informationen über die Privatisierung von über 60.000 Wohnungen in Bundesbesitz an befreundete Lobbyisten weitergegeben. Die Firma Immofinanz, die damals diese Wohnungen gekauft hat, soll damit einen Gewinn von über einer Milliarde Euro gemacht haben. Der Republik ist dementsprechend ein ordentlicher Schaden entstanden.



Alexander Melinz, KPÖ: „Die Kosten für den Ausbau erneuerbarer Energien dürfen nicht auf die Endverbraucher abgewälzt werden.“

Pulverfass Europa: Wie die EU-Aufrüstung den Frieden aufs Spiel setzt

Die Europäische Union erlebt eine historische Militarisierungswelle. Was angeblich als Friedensprojekt gegründet wurde, um Kriege auf dem eigenen Kontinent für immer unmöglich zu machen, mutiert in rasantem Tempo zu einem hochgerüsteten Militärblock. Angetrieben von geopolitischen Ängsten und politischer Rhetorik investieren die EU-Mitgliedstaaten Summen in ihre Armeen, die jegliche historischen Dimensionen sprengen – eine Entwicklung, welche Kritiker als direkte Einbahnstraße in künftige Konflikte sehen.

Rekordsummen für die Rüstungsspirale

Die Zahlen der Europäischen Union sprechen eine eindeutige Sprache: Im Jahr 2025 stiegen die Verteidigungsausgaben der Union auf 418 Milliarden Euro, für 2026 wird ein weiterer mas-

siver Sprung auf 454 Milliarden Euro prognostiziert. Das entspricht fast einer Verdopplung der Ausgaben im Vergleich zu 2021.

Angeführt wird diese Dynamik von Deutschland, das laut aktuellen Berichten des Friedensforschungsinstituts SIPRI mit Ausgaben

von rund 114 Milliarden US-Dollar mittlerweile weltweit auf Platz vier und europaweit auf Platz eins der Rüstungsausgaben geklettert ist. Doch diese Milliarden fließen nicht in ein Vakuum. Sie füttern eine Rüstungsindustrie, deren Produktionskapazitäten massiv ausgeweitet werden und die von der Politik gezielt mit Milliardenprogrammen wie dem SAFE-Kreditrahmen gepusht wird.

Die Illusion der „Sicherheit durch Waffen“

Die offizielle politische Linie der EU-Kommission

deklariert diese Aufrüstung als alternativlose Notwendigkeit zur Abschreckung. Historisch und friedenspolitisch betrachtet ist dieses Argument jedoch brandgefährlich. Rüstung schafft keinen dauerhaften Frieden; sie schafft die materiellen Voraussetzungen für den Krieg.

Kritiker aus Friedensbewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie attac Österreich weisen vehement darauf hin, dass diese Dynamik eine klassische, unkontrollierbare Sicherheitsdilemma-Spirale in Gang setzt:

Wechselsei-

giges Misstrauen: Was die EU als rein defensive Vorsorge betitelt, wird von potenziellen Gegnern als Bedrohung und Offensivpotenzial wahrgenommen. Die Folge ist eine globale Kettenreaktion der Aufrüstung.

Die Logik der Waffen: Wer Milliarden in Waffensysteme investiert, schafft Strukturen, die auf deren Einsatz drängen. Wo Panzer bereitstehen, sinkt die Hemmschwelle, politische Konflikte mit militärischer Gewalt statt mit Diplomatie zu lösen.

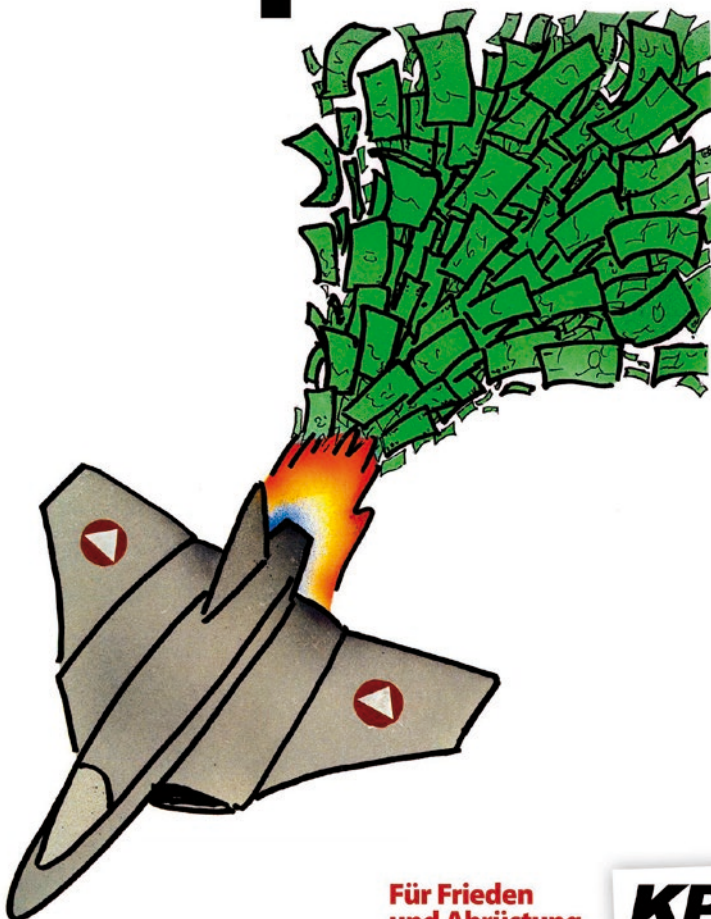
Profiteure des Sterbens: Der aktuelle Boom dient primär multinationalen Rüstungskonzernen, deren Aktienkurse durch die Decke gehen. Für diese Unternehmen ist lang anhaltender Frieden geschäftsschädigend.

Die sozialen Kosten der Militarisierung

Die Tragik der europäischen Aufrüstung zeigt sich nicht nur auf potenziellen Schlachtfeldern, sondern schon heute in den Haushalten der Mitgliedstaaten. Um die Rüstungsmilliarden zu finanzieren, setzen immer mehr Länder wie Deutschland nationale Ausweichklauseln ein, um Budgetgrenzen zu umgehen, oder kürzen an anderer Stelle.

Jeder Euro, der in Raketenabwehr, Drohnen und Munition investiert wird, fehlt unweigerlich bei der Bewältigung der realen Krisen der Menschheit. Der Kampf gegen den Klimawandel, dringende Investitionen in marode Bildungssysteme, der Ausbau des Sozialstaates und die Bekämpfung globaler Armut werden zugunsten von Kriegsgerät hintenangestellt.

Einsparen.



**Für Frieden
und Abrüstung.**

KPO

67 Milliarden Euro dem sozialen Wohnbau entzogen

Seit dem EU-Beitritt ist der Anteil der Wohnbauförderung am BIP auf ein Drittel gesunken. Wer die Wohnungsnot bekämpfen will, kommt um strukturelle Änderungen nicht umhin.

Der Mietpreisdeckel, den die Regierung beschlossen hat, geht zwar in die richtige Richtung, ist aber insgesamt nur eine kosmetische Korrektur. Die Wohnungsnot in Österreich hat tiefreichende strukturelle Ursachen, an denen kaum gekratzt wird.

Die staatliche Wohnbauförderung erreichte 1994 – wohl nicht zufällig das letzte Jahr vor dem EU-Beitritt – mit einem Anteil von fast 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts seinen bisher höchsten Wert. Die Wohnbauförderung ist zwar nicht gleichzusetzen mit dem sozialen Wohnbau, sie stellt aber für gemeinnützige Bauträger und Gemeinden die finanziellen Grundlagen zur Verfügung, um günstigen Wohnraum zu schaffen.

Stetiger Rückgang der Wohnbauförderung

Seit 1994 ist die Wohnbauförderung stetig zurück-

gegangen (sh. Grafik 1): von fast 1,5 Prozent Anteil am BIP auf zuletzt unter 0,5 Prozent. Dieser kontinuierliche Rückgang auf ein Drittel hat gewaltige Auswirkungen. Insgesamt sind dadurch fast 67 Milliarden Euro – akkumuliert über drei Jahrzehnte – den Österreicher an Wohnbauförderung vorenthalten worden. Hätte der Anteil der Wohnbauförderung am BIP noch das Niveau von Mitte der 90er Jahre, stünden allein 2025 fünf Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Daß die Regierung eine zusätzliche Milliarde an Zweckzuschüssen des Bundes für die Wohnbauförderung für die Jahre 2024 bis 2026 zur Verfügung gestellt hat, ist zwar besser als nichts, kann aber nicht annähernd die Lücke schließen, die durch den langfristigen Absturz der Wohnbauförderung entstanden ist. Selbst die längst notwendige Wiedereinführung der Zweckbindung der

Wohnbauförderung, die 2008 abgeschafft wurde, hat es über eine Ankündigung im Regierungsprogramm hinaus nicht geschafft.

Rückgang des sozialen Wohnbaus

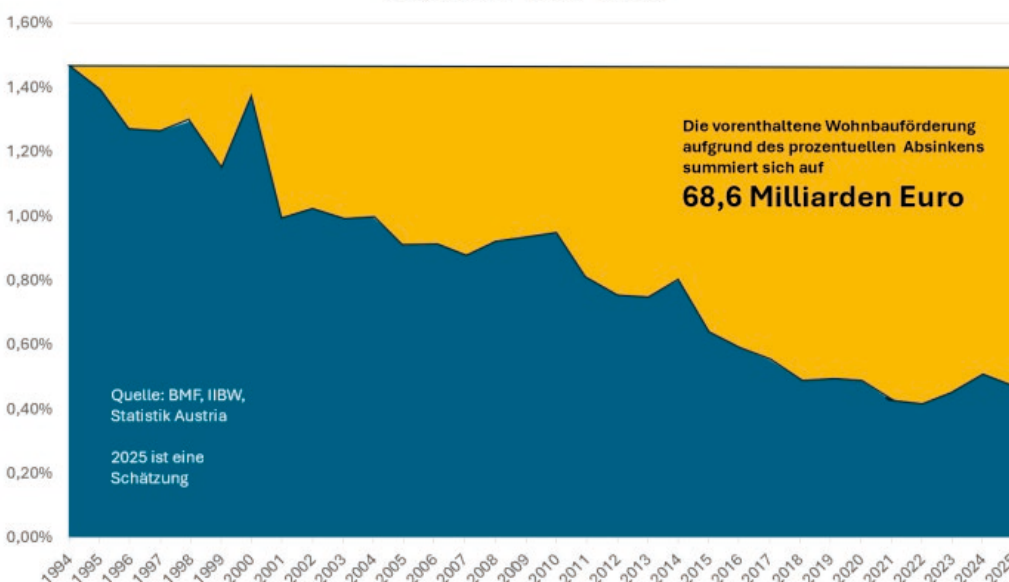
Entsprechend zurückgegangen ist auch der mit diesen Mitteln geförderte Wohnraum: von über 50.000 Wohneinheiten Anfang der 90er Jahre auf zuletzt 14.000 Wohneinheiten 2025. Die Bauleistung von gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen ist zwar nicht so drastisch geschrumpft, aber auch hier kann ein deutlicher Rückgang registriert werden: von 18.000 bis 19.000 Wohneinheiten Anfang der 90er Jahre auf 11.000 bis 13.000 Wohneinheiten in den letzten Jahren. Dafür ist zwischenzeitlich der frei finanzierte private Wohnungssektor nach oben geschossen. Der Anteil der Mieter im sozialen Wohnbau ist sich zwar nach wie vor hoch, langsam, aber stetig geht jedoch auch er zurück: von beinahe 60 Prozent 2011 auf zuletzt unter 55 Prozent.

Die Menschen in Österreich bekommen das zu spüren: Die Wohnungskosten pro Quadratmeter liegen im privaten Wohnungssektor um 47 Prozent über denen im Gemeindebau und immerhin noch 37 Prozent über denen von Genossenschaften. Während im privaten Wohnungsbereich 21 Prozent der Mieter mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben, sind es im genossenschaftlichen 13 und im kommunalen Sektor elf Prozent.

Austeritätspolitik, Privatisierung, EU-Regeln ...

Das Austrocknen des sozialen Wohnbaus hängt auf mehreren Ebenen mit dem neoliberalen EU-Regime zusammen. Die Austeritätsdikate – Maastricht-Kriterien, Fiskalpakt etc. – lassen den Spielraum für den öffentlichen Wohnungssektor schrumpfen. Öffentliche Beihilfen, auch im Wohnungsbereich, stehen immer in Verdacht, gegen den heiligen Gral der EU, die „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (EU-Vertrag), zu verstoßen. EU-Staaten wie Schweden und die Niederlande, die über einen ausgeprägten sozialen Wohnsektor verfügen, mussten aufgrund von Klagen beim Europäischen Gerichtshof ihre Beihilfen für den sozialen Wohnungssektor zurückfahren. Das Lobbying der privaten Immobilienwirtschaft auf EU-Ebene ist einflußreich. Mit der Privatisierung von gemeinnützigen Genossenschaften wie z. B. der BUWOG haben private Wohnungskonzerne wie der deutsche Vonovia-Konzern auch in Österreich einen Fuß in der Tür. Durch diese Pri-

Grafik 1 **Wohnbauförderung, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts Österreich 1994 - 2025**



Fortsetzung umseitig

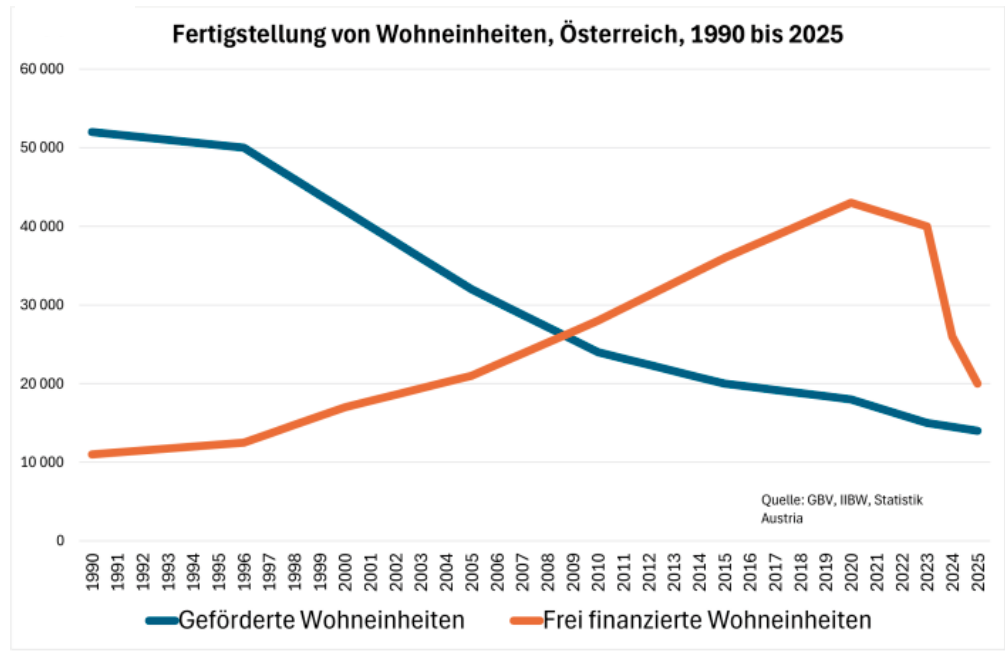
Fortsetzung von Seite 21

vatisierung wechselten zehntausende Wohnungen vom öffentlichen Bestand in den renditeorientierten Immobilienmarkt.

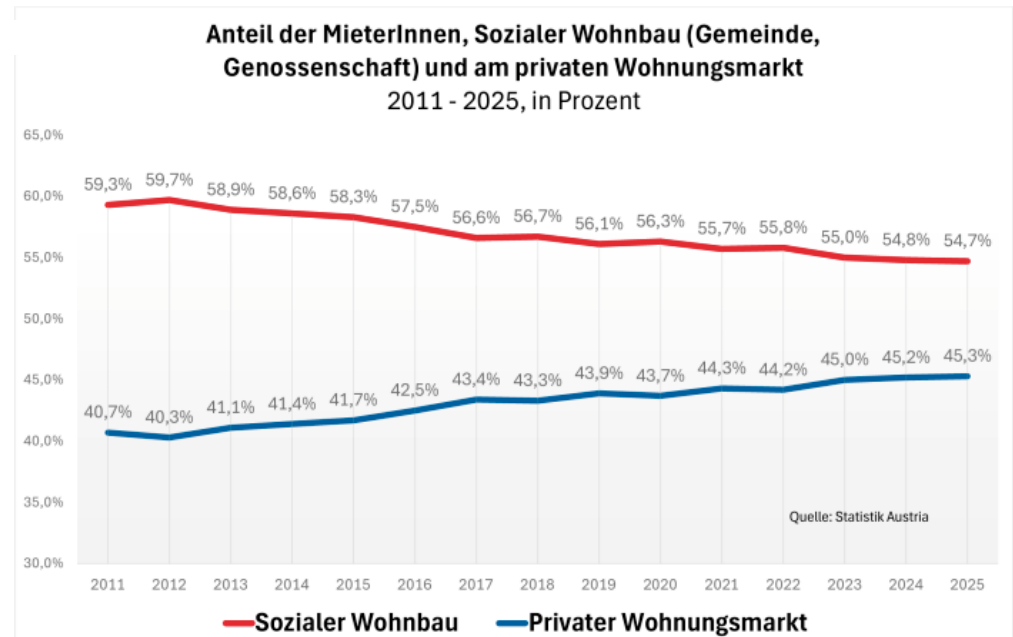
Solidarische Wohnversicherung!

Eine Wohnungspolitik, die das Grundrecht auf angemessenen Wohnraum für jeden durchsetzen will, muß bei diesen strukturellen Wurzeln der Wohnungsnot ansetzen. Der Rückgang der öffentlichen Mittel für die Wohnbauförderung dient dazu, Menschen in den privaten Markt zu drängen und die Wohnungskosten hoch zu halten. Dieser private, gewinnorientierte Wohnungsmarkt muß ausgetrocknet werden, indem die öffentlichen Mittel zur Schaffung von leistbarem Wohnraum zumindest wieder auf das Niveau von vor dem EU-Beitritt angehoben werden.

Gerald Oberansmayr



War Anfang der 90er Jahre das Verhältnis von sozialem Wohnbau zu frei finanzierten Wohnungen in etwa 80:20, so kehrte sich das Verhältnis bis Anfang 2020 nahezu um, ehe schließlich auch der private Wohnungssektor abstürzte.



Der Anteil der Mieter im sozialen Wohnbau ist sich zwar nach wie vor hoch, langsam, aber stetig geht jedoch auch er zurück: von beinahe 60 Prozent 2011 auf zuletzt unter 55 Prozent.

Löhne bei Firmenpleiten sichern

Wer in Folge einer Firmenpleite seinen Job verliert, hat es ohnehin schwer genug. Gerade in wirtschaftlich turbulenten Zeiten dauert es oft, bis ein neuer gefunden wird. Das in Österreich niedrige Arbeitslosengeld wirkt zusätzlich belastend.

Eines freilich kann nicht sein, daß die Betroffenen auch noch um ihren ausstehenden Lohn umfallen. Wer

gearbeitet hat, der muß auch dann abgesichert sein, wenn das Unternehmen nicht mehr zahlen kann. Dafür gibt es den Insolvenzentgeltfonds.

Es darf nicht sein, daß sich die Unternehmen hier aus der Verantwortung stehlen. Aber genau das droht jetzt. Durch die letzten Beitragssenkungen können die

Leistungen in naher Zukunft nicht mehr finanziert werden.

Geht es nach Wirtschaftsvertretern, sollen daraus Verschlechterungen für die betroffenen Beschäftigten folgen. Das ist ebenso abzulehnen wie der Vorschlag aus den Reihen der Neos, daß auch die Rücklagen der Arbeiterkammer zur Finanzie-

rung herangezogen werden.

Wer gearbeitet hat muß seinen Lohn bekommen. Und ebenso klar ist, daß dies durch die Unternehmen finanziert werden muß. Die Arbeiterkammerbeiträge der Beschäftigten sind mit Sicherheit nicht dazu gedacht.

Udo Ranninger
ist Arbeiterkammerrat der
Liste KPÖ-GLB

UMFRAGE

Zufrieden mit Wallner, Reiter & Co?

Seit der letzten Gemeinderatswahl regieren SPÖ, Reiter und Grüne mit einer hauchdünnen Mehrheit von einem Mandat. SPÖ-Vizebürgermeisterin Birgit Sandler ist zurückgetreten. Zwischenzeitlich hat Walter Reiter die Koalition verlassen, jetzt ist er wieder (vorläufig?) mit dabei.

Eine Gemeinderatssitzung mußte abgesagt werden, da zu wenige Gemeinderäte anwesend waren. Steiermark weit fragen sich politische Beobachter, was in Leoben los ist?

Wir fragen unsere Leserinnen und Leser was Sie dazu sagen.



Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Zufrieden mit der Allianz für Leoben

JA NEIN

Soll Bürgermeister Wallner weitermachen?

☐☐

Neuwahlen statt weiterwursteln?

☐☐

Weitere Vorschläge und Meinungen

Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

RUND UM DEN SCHWAMMERLTURM

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

IHRE IMMOBILIE. UNSER AUFTRAG.

Wir suchen gezielt für unsere vorgemerkten Kund:innen.

Als erfahrene Immobilienmakler:innen in Leoben und Umgebung kennen wir den Markt, die Menschen und die Chancen. Wir suchen laufend Einfamilienhäuser, Wohnungen und Grundstücke für unsere vorgemerkten Kaufinteressent:innen und sorgen dafür, dass jede Immobilie die passenden Käufer:innen findet.



VORGEMERKTE KUND:INNEN

Zahlreiche Interessent:innen warten auf Ihre Immobilie.



PERSÖNLICH & REGIONAL

Wir beraten persönlich, diskret und mit echter Marktkennntnis.



BESTER SERVICE FÜR SIE

Von der Bewertung bis zum erfolgreichen Abschluss - wir begleiten Sie.



ERFAHREN. VERLÄSSLICH. ERFOLGREICH.

Ihre Immobilien in besten Händen.

SREAL
Immobilien



WIR
BERATEN
SIE
GERNE!

LASSEN SIE UNS GEMEINSAM MEHR ERREICHEN.

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

www.sreal.at

Markus Letonja

+43 664 8385998
markus.letonja@sreal.at

Katarina Trajkovic

+43 664 8184145
katarina.trajkovic@sreal.at



**NEUWERTIG
& SOFORT
BEZUGSBEREIT**

**Moderne Doppelhaushälfte
in St. Michael / Obersteiermark**

119,82 m² Nfl., 422 m² Gfl., 3 Schlafzimmer, Terrasse & Balkon, Vollkeller, Fußbodenheizung & Wohnraumlüftung, inkl. hochwertiger Einbauküche, Doppelcarport und PKW-Abstellplatz, HWB: 38,70 kWh/m²a, fGEE: 0,66; **KP: € 369.000,-**



**Charmantes Wohnhaus
in Göss/ Leoben**

109,55 m² Nfl., 772 m² Gfl., Modernisierungen 2021, Keller, Garage, überdachte Terrasse mit Grill, großzügiger Garten, eine besondere Wohngelegenheit in beliebter, HWB: 132,50 kWh/m²a, fGEE: 1,39; **KP: € 375.000,-**



Liebevoll gepflegtes Einfamilienhaus in Proleb

BJ. 1961, 95,88 m² Nfl., 778 m² Gfl., Balkon, Keller, Garage, Werkstatt, das Dach, Fenster und Heizung wurden in den 90ern erneuert, Gaszentral u. Festbrennstoffkessel vorhanden, HWB: 330,40 kWh/m²a, fGEE: 3,12; **KP: € 195.000,-**



Einfamilienhaus mit großzügigem Grundstück in Aussichtslage in Trofaiach

127 m² Nfl., 1.658 m² Gfl., Potenzial für individuelle Gestaltung, Garage, überdachte Abstellflächen, Öl-Zentral und Festbrennstoffkessel. HWB: 360,30 kWh/m²a, fGEE: 3,23; **KP: € 175.000,-**



Großzügiges Ein- bis Zweifamilienhaus nahe Vordernberg

146,08 m² Nfl., 1.118 m² Gfl., Erdwärme mit Tiefenbohrung, Luftwärmepumpe für Warmwasser, zusätzliche Festbrennstoff-Zentralheizung, großzügiger Garten & Lärmschutzwand, HWB: 231,70 kWh/m²a, fGEE: 2,08; **KP: € 159.000,-**



Großes, zentrales und sonniges Baugrundstück für Bauträger geeignet in Trofaiach

6.755 m² Baugrundstück (WR 0,2-0,4) eigene Zufahrt, Kanal & Wasser am Grund (Für Bauprojekt ist Aufschließungserfordernis gegeben), Bauverpflichtung; **KP: € 449.000,-**



Außergewöhnliche, hochwertig sanierte 5-Zimmer-Eigentumswohnung – seltene Gelegenheit!

170,24 m² Nfl., 506 m² Eigengrund, eigener Eingang, Keller, Garage, überdachte Terrasse, Fußbodenheizung, Sommerhaus mit Fitnessraum, HWB: 222,10 kWh/m²a, fGEE: 3,38; **KP: € 429.000,-**



Ideal aufgeteilte 4-Zimmer Wohnung in sehr zentraler Leoben Lage

87,61 m² Nfl., durchdachter Grundriss, westliche Loggia, Lift (Halbstock) Elektroheizung, Kellerabteil, eigener Autoabstellplatz, HWB: 85,70 kWh/m²a, fGEE: 1,31; **KP: € 126.000,-**



Großzügige 5-Zimmer Eigentumswohnung im beliebten Ortsteil Judendorf/Leoben

100 m² Nfl., tolle Raumaufteilung, teilmöbliert und sofort beziehbare, ruhige zentrumsnahe Lage, eigene Gasheizung, HWB: 227,30 kWh/m²a, fGEE: 3,40; **KP: € 169.000,-**



Markus Letonja
s REAL Immobilienmakler

M: +43 664 8385998
markus.letonja@sreal.at
www.sreal.at



Katarina Trajkovic
s REAL Immobilienmaklerin

M: +43 664 8184145
katarina.trajkovic@sreal.at
www.sreal.at

